

Regierung gewillt sein könnte, den bestehenden Dualismus zwischen privaten und öffentlichen Schulen zu akzeptieren, und somit einen Schritt hinter die selbstgesteckten Ziele zurückgeht.

Die Erklärung Savarys bedeutet für die französische Regierung einerseits Entlastung, indem sie der Opposition Wind aus den Segeln nimmt. Die fortwährenden Ermahnungen von seiten der Oppositionsparteien, die Regierung habe ihrer Absicht, den Griff nach den Privatschulen zu wagen, noch nicht abgeschworen, klingen nicht mehr recht überzeugend. Da die Regierung der Linie eines kämpferischen Laizismus, wie er sich inzwischen wieder stärker zu Wort meldet, nicht folgte, schaffte sie sich andererseits *Gegner im eigenen Lager*.

Während noch vor einem Jahr die private Schule in eine Verteidigungsposition geraten war, sind es nun die Gegner der privaten Schule, von denen der Hauptwiderstand ausgeht. In den eigenen Reihen wird die französische Regierung einige Überzeugungsarbeit leisten müssen, um deutlich zu machen, daß der „laizistische“ Charakter des französischen Staates heute nicht mehr mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts garantiert werden kann. Wieweit sie gegen den erklärten Willen dieser Gruppen die Suche nach einer Lösung in der Schulfrage betreiben kann, wird davon abhängen, wie sicher die Regierung insgesamt im Sattel sitzt.

Was ist Laizismus?

Aber auch die andere Seite steht nicht ganz ohne Probleme da. Die eher vermittelnde Position der französischen Bischöfe ist nicht unumstritten. Ein Brief des Vorsitzenden der Kommission der Bischofskonferenz für das Schulwesen und die Universitäten, des Bischofs von Tours, *Jean Honoré*, verrät das Bemühen, die Haltung der Bischöfe in den eigenen Reihen zu rechtfertigen (La Documentation Catholique, 6. 11. 83). Honoré unterstreicht darin die Dringlichkeit einer Reform des Schulwesens, der sich der Staat, von welcher Partei er auch ge-

tragen werde, nicht entziehen könne. Der Staat dürfe zwar nicht der Versuchung erliegen, das Monopol im Schulwesen anzustreben, aus seiner Verantwortung für den öffentlichen Teil des Schulwesens, der immerhin den größeren Teil ausmache, könne er jedoch nicht entlassen werden. Ebenso wenig könne man ihm das Recht nehmen, eine Kontrolle über private Einrichtungen auszuüben. Die Eltern und Verantwortlichen der katholischen Schule weist Honoré darauf hin, daß den Bischöfen die pastorale Sorge für *alle* Jugendlichen zukomme. Auch wolle man alles tun, damit die Freiheit des Schulwesens herausgehalten werde aus politischen und wahltaktischen Rücksichten. Auf staatlicher wie auf kirchlicher

Seite scheinen sich also gemäßigte Positionen durchzusetzen. Wahrscheinlich wird es wohl auch so bleiben. Nur so dürfte eine Übereinkunft über das Schulwesen insgesamt möglich werden. Im übrigen aber dürfte Frankreich eine tiefere Auseinandersetzung darüber, was es heißt, in einem laizistischen Staat zu leben, nicht erspart bleiben. Ein „Laizismus“, wie ihn der Jesuit *Paul Valdier* in dem Zusammenhang gekennzeichnet hat, sollte auch von eingefleischten Laizisten akzeptiert werden können: „Der Wille, einen Pluralismus herzustellen, in dem sich die Tendenzen ausdrücken können, aus denen sich die Nation zusammensetzt, alle großen intellektuellen, spirituellen und politischen Familien“ (La Croix, 25. 11. 83). K. N.

Englands Bischöfe und die Nato-Nachrüstung

Mit seiner Stellungnahme zur Nato-Nachrüstung vom 17. November setzte der katholische Primas von England, Kardinal *Basil Hume*, die Serie der Stellungnahmen nationaler Episkopate zur Friedensfrage fort. Sie ist relativ kurz gehalten, verzichtet vor allem auf weit ausholende theologische Begründungen, befindet sich in ihrem sachlichen Ergebnis irgendwo zwischen der deutschen und französischen Haltung und unterscheidet sich deutlich von der der amerikanischen Bischöfe.

Ein deutliches Wort des Kardinals

Der Kardinal hebt darin die Bedeutung der *Friedensbewegung* hervor, vor allem ihre Fähigkeit, Druck auf die westlichen, nicht aber auf die östlichen Regierungen, die keine Massenproteste dulden, auszuüben. Zum Thema selbst stellt der Kardinal fest: „Wir haben einerseits eine schwere Verpflichtung, den Kernwaffenkrieg zu verhindern, andererseits hat der Staat das Recht und die Pflicht legitimer Selbstverteidigung, um seinen Bürgern Ge-

rechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern.“ Obwohl die Verwendung von Kernwaffen als Waffen der massiven Tötung nie gerechtfertigt sei, würde es zu einer Destabilisierung der gegenwärtigen Situation und zu einer dramatischen Steigerung des Risikos der Kernwaffenerpressung kommen, wollte man sie ohne hinreichende Sicherungen aufgeben.

Zu dem scheinbaren Widerspruch, die Verwendung von Kernwaffen zu verdammen, aber das *Prinzip der Abschreckung* zu dulden, erklärte Hume: „Die Abschreckung kann als das geringere von zwei Übeln akzeptabel sein, ohne unbedingt als Gut angesehen zu werden. Diese Ansicht kann überdies selbst von denjenigen vertreten werden, die sich der Moral der Kernwaffenabschreckung widersetzen.“

Denn selbst eine moralisch nicht ganz einwandfreie Verteidigungspolitik kann nicht von heute auf morgen und ohne die Reaktion potenzieller Feinde miteinzubeziehen demontiert werden.“ Um jedoch die moralische Glaubwürdigkeit zu bewahren, müsse die feste Absicht erkennbar sein, daß

man sich aus der gegenwärtigen, beängstigenden Situation freimachen und einer Deeskalation und Abrüstung zustreben wolle: „Eine beiderseitige Abrüstung kann jedoch nur stufenweise erzielt werden.“

Vier Faktoren werden von dem Kardinal besonders betont: 1. Die Kirche billigt die Politik der Abschreckung nur *mit strikten Vorbehalten* und solange sie als Mittel zur Abschreckung dient. 2. Es ist falsch, die Politik der Kernwaffenabschreckung derselben moralischen Verurteilung auszusetzen wie den eigentlichen Einsatz von Kernwaffen gegen zivile Ziele. 3. Da es Zweck und Absicht der Abschreckung ist, Kriege zu verhindern und den Frieden zu wahren, sind die Angehörigen der Wehrverbände mit gutem Recht als „Hüter der Sicherheit und Freiheit ihrer Mitmenschen und Beitragende zur Friedenswahrung zu empfehlen“. 4. Abschreckung muß eindeutig als *Mittel zur Verhütung*, nicht zur Betreibung des Krieges gesehen werden.

Eigene Akzente durch die Bischofskonferenz

Trotz ihres wenig auffallenden Inhalts hat die Erklärung Humes eine doppelte besondere Bewandnis. Denn tags darauf, am 18. November, meldeten sich die englischen Bischöfe, obwohl der Text des Kardinals mit der englischen Bischofskonferenz (nicht mit der schottischen) abgestimmt war, noch mit einer eigenen, allerdings sehr kurzen Stellungnahme zu Wort, die sich in vielen Punkten mit der des Kardinals deckte, aber doch deutlichere Skepsis gegenüber der Nato-Nachrüstung wie gegenüber der atomaren Abschreckung insgesamt durchblicken läßt.

In der *gemeinsamen Erklärung der Bischöfe* heißt es, die Dislozierung der Mittelstreckenraketen werde es der Regierung erschweren, ihren Einsatz für eine *Politik der schrittweisen und beiderseitigen Abrüstung* überzeugend nachzuweisen. Ein solcher Nachweis sei jedoch eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß das Prinzip der atomaren Abschreckung als moralisch

annehmbar akzeptiert werden könne. „Die Abschreckung muß also als eine zeitweilige Maßnahme und als eine Etappe auf dem Wege zur multilateralen Abrüstung angesehen werden.“

Eine solch doppelte Stellungnahme entspricht nicht den üblichen kirchlichen Strategien und wohl auch nicht dem Temperament des Primas und Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Dieser befand sich im vorliegenden Fall aber in einem *persönlichen Dilemma*, in das der Generalsekretär der britischen Atomgegnerbewegung (Campaign for Nuclear Disarmament – CND), Monsignore *Bruce Kent* den Kardinal gebracht hatte. Kent, ein sehr eigenwilliger und scharfzüngiger Verfechter der Antiatomwaffenkampagne war durch wiederholte öffentliche Erklärungen aufgefallen und ins Schußfeld vor allem *konservativer Politiker* geraten. Der Kardinal als kirchlicher Vorgesetzter von Kent wurde wiederholt von mehreren Seiten bestürmt, dem Prälaten dessen stark in die Politik hineinreichende Tätigkeit zu verbieten. Und der Kardinal, der als irenisch gesinnter Gegner autoritärer kirchlicher Maßregelung bekannt ist, hatte sich bislang ebenso hartnäckig dagegen gewehrt, Kent zu maßregeln.

Der Primas hatte Kent allerdings bereits vor einigen Monaten gewarnt, daß, falls die CND-Bewegung noch „politischer“ würde, es für einen Priester als ungehörig empfunden werden könnte, so eng damit verbunden zu sein und den fälschlichen Eindruck einer Identifizierung der Kirche mit den verschiedenen von der CND-Bewegung vertretenen Standpunkten zu erwecken.

Die „Politisierung“ von CND war im britischen Wahlkampf im Juli 1983 zum Problem geworden, weil die *Labour Party* sich mit ihrem linksorientierten Programm auf die auch von CND angestrebten Ziele der einseitigen Kernwaffenabrüstung Großbritanniens und der Ablehnung weiterer amerikanischer Stützpunkte auf britischem Boden festgelegt hatte. Die enge Zusammenarbeit zwischen CND und Linkspolitikern, der wachsende Gegensatz der CND-Bewegung zu

der zur Nato-Politik stehenden konservativen Regierung, die Aufrufe Kents zur Gehorsamsverweigerung britischer Soldaten im Falle eines Atomkriegs verstärkten den Eindruck, der Kardinal müsse Kent vor die Wahl zwischen seinem Priesteramt und seinem Einsatz für CND stellen.

Der Fall Kent

Der streitbare Prälat tat seinerseits nichts, um dem Kardinal Ärger zu ersparen, im Gegenteil! Kent war erst am 13. November, der als Gedächtnisonntag für die Gefallenen zweier Weltkriege begangen wurde, bei dem in London tagenden Jahreskongreß der britischen kommunistischen Partei aufgetreten. Zu den Delegierten, die ihm eine Ovation darbrachten, sagte er: „Ich glaube nicht, daß wir in vielen Hauptfragen so weit auseinander sind. Wir vom CND und die Kommunisten sind Partner in derselben Sache des Friedens. Mein Erscheinen hier ist eine Ehrensache, etwas, was ich Ihnen schuldig bin, für das, was in den letzten Jahren geschehen ist.“ Und Kent weiter: „Wenn die Kirche so beschäftigt ist, in ihren Sakristeien Rosenkranzperlen zu zählen und die großen Weltprobleme zu ignorieren, dann ist sie nicht die Kirche für mich.“ – „Kernwaffen sind unmoralisch und dienen keinem militärischen Zweck.“ – „Wenn die Cruise-Raketen hier sind, werden wir unsere Taktik ändern und Störmaßnahmen mit Hilfe der Gewerkschaften anstreben. Manche von uns werden bereit sein, ins Gefängnis zu gehen.“ – „Gegen das Wettrüsten zu sein, heißt nicht unbedingt proso-wjetisch zu sein. Es heißt, für die Menschheit zu sein.“

So unbedeutend die 11 600 Mitglieder umfassende britische *kommunistische Partei* politisch stets gewesen ist, so ist ihr Einfluß, zumal in der Gewerkschaftsbewegung und durch getarnte Mitglieder in der Labourpartei, nicht zu unterschätzen. Das Auftreten Kents vor diesem Publikum, sein Ausdruck der „Freude“ und der „Ehre“, seine Begrüßung von „Partnern“, die Bezeichnung der britischen Kommunisten als „nicht proso-wjetisch“, weil

sie bisher – aber jetzt nicht mehr – eine euro-kommunistische Linie verfolgt hatten, rief landesweite Proteste hervor. Verteidigungsminister *Heseltine* warf Kent vor, er habe seine politische Naivität bis zur Unbekümmertheit betrieben. Der Leiter der konservativen Parteioorganisation, *Gummer*, ein überzeugter Anglikaner, erklärte, die politische Blindheit von Monsignore Kent werde gemeingefährlich, wenn er nicht zwischen Demokratie und Diktatur, Frieden und Kapitulation, Unterdrückung und Freiheit zu unterscheiden wisse.

Der Kardinal sah sich angesichts des Verhaltens Kents und der Kritik von politischer Seite um so mehr zu einer Klarstellung seiner eigenen Position veranlaßt, als bereits während des Wahlkampfes sich der päpstliche Pronuntius in London, der Schweizer Erzbischof *Bruno Heim*, des Falls Kent angenommen hatte, indem er auf bei ihm eingelaufene Proteste hin erklärte, Kent sei äußerst naiv und diene sowjetischen Interessen. Der öffentli-

che Tadel des Nuntius erregte kirchliche Kreise, und eine Gruppe von Priestern protestierte dagegen in Rom. Aber nachdem Kent in einem weiteren Interview (im kommunistischen „Morning Star“, 25. 5. 83) erklärt hatte, die Westmächte lägen im Rüstungswettlauf stets an der Spitze, und die Ostblockstaaten seien nur ständig bemüht, aufzuholen und hätten überdies die konstruktivsten Abrüstungsvorschläge gemacht, brachte das dem Nuntius zahlreiche zustimmende Briefe ein.

Schotten gehen eigene Wege

Auf diesem Hintergrund fällt um so mehr auf, daß die *Schotten* schon vor der Erklärung von Hume und der der Bischofskonferenz *eigene Wege* gegangen waren. Bereits Ende September hatten die schottischen Kirchenführer, vertreten durch den katholischen Episkopat, die Bischöfe der schottischen Episkopalkirche und der Kirche von

Schottland, in einem offenen Brief an Königin Elisabeth II. scharf gegen das Wettrüsten protestiert und die Regierung kritisiert, sie verfolge mit der Aufstellung von Mittelstreckenraketen im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses Rüstungspolitik, ohne auf die weit verbreitete Kritik in der Bevölkerung im mindesten zu achten. Im Oktober haben dieselben Kirchenführer in einem Brief an den Verteidigungsminister ihre Kritik wiederholt und ihre Bereitschaft erklärt, diese in einem Gespräch unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu erläutern. Die katholischen Bischöfe Schottlands hatten schon 1982 eher rüstungskritische Töne angeschlagen.

In den unterschiedlichen Nuancen überschneiden sich also nicht nur sachliche, sondern auch regionale Gesichtspunkte. Der tatsächliche Einfluß der Kirche auf die britische Sicherheitspolitik ist, trotz des Aufsehens um den Fall Kent und die nun erfolgte Klärung in der Sache von zuständiger Stelle, gering. H. S.

Winter in Polen

Wird er hart auch für die katholische Kirche?

Im Anschluß an ihre 197. Plenarkonferenz am 16. und 17. November 1983 sahen sich die polnischen Bischöfe veranlaßt, in einem vorsichtig formulierten Kommuniqué über die aktuelle wirtschaftlich-soziale und politische Lage im Lande Klage zu führen. Die Bischofskonferenz machte die politische Führung Polens für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation verantwortlich. Sie sprach sich gegen die geplanten Preiserhöhungen aus und verurteilte die andauernde Repression. Der polnische Episkopat äußerte damit seine *seelsorgerische Sorge über die um sich greifende Armut*. Wenn die für Anfang 1984 angekündigten Preiserhöhungen schon nicht verhindert werden könnten, müßten sie zumindest durch „gerechte Lohnerhöhungen“ und besondere Hilfen für die Ärmsten ausgeglichen werden.

Alte Vertrauens-, neuerliche Versorgungskrise

Zu einer grundlegenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage kann es nach Ansicht der polnischen Bischöfe nur durch die *Wiederherstellung des Vertrauens* und das Ende der derzeitigen Repression kommen. Die Bischöfe sprechen sich für die Einstellung der politischen Prozesse

(gegen die KSS-„KOR“-Führung und Solidarność-Spitzenfunktionäre) und die Freilassung der politischen Häftlinge aus. Nicht erwähnt wurden in dem Kommuniqué die jüngsten Anschuldigungen der polnischen Führung und Massenmedien gegen katholische Gemeindepriester und Bischöfe. Die Bischöfe äußerten die Hoffnung, daß der umstrittene kirchliche Agrarfonds im nächsten Jahr seine Arbeit aufnehmen könne. Der durch Spenden der westlichen katholischen Kirchen zu finanzierende Fonds soll die privaten Landwirte, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden in Polen unterstützen und zur Selbsthilfe anregen.

Verdeutlicht werden die Ursachen der Spannungen wenige Wochen vor dem Jahresende 1983 durch sich häufende Meldungen über *neuerliche Versorgungsengpässe*. Die erneuten Rationierungen von Butter und anderen Fetten seit November geben dem allgemeinen Gefühl weiteren Auftrieb, daß Polen noch weit entfernt von einer stabilen Versorgungslage ist und daß der Winter eine neue Herausforderung an die Geduld der Bevölkerung stellen wird. Dazu kommt die rigorose Preispolitik der Regierung, die – begleitet von einer konsequenten Wirtschafts- und Reformpolitik – durchaus ihren Sinn hätte und prinzipiell eine Notwendigkeit zur Entlastung des